

Entschließungsantrag

XXV.GP.-NR

514 /A(E)

12 Juni 2014

der Abgeordneten Dr. Nachbaur, Ing. Lugar

Kolleginnen und Kollegen

betreffend „**Unterrichtsfach Wirtschaft an allen Schultypen und Einsetzung von Wirtschaftsbotschaftern**“

Wir brauchen mehr Unternehmer bzw. mehr mutige Menschen, die die Wirtschaft unseres Landes ankurbeln. Dazu muss der Unternehmergeist frühzeitig geweckt werden – schon in der Schule!

Das grundlegende Verständnis vom Funktionieren wirtschaftlicher Abläufe ist nicht nur für Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler, Wirtschaftsjournalisten u. ä. von besonderem Wert, sondern für alle Menschen, die aktiv am Leben teilnehmen wollen. Wirtschaftlich orientiertes Handeln heißt Handeln mit Verantwortung, Überblick und Nachhaltigkeit. Daher sollten diese Grundsätze in jeder Form von Ausbildung bzw. in jedem Ausbildungsstadium grundlegend vermittelt werden.

Daher soll Wirtschaft obligatorisch an Österreichs Schulen im Rahmen eines eigenen Schulfaches unterrichtet werden. Gleichzeitig fordert das Team Stronach in Anlehnung an das System der Integrationsbotschafter die Einsetzung von Wirtschaftsbotschaftern in Schulen. Unternehmer aus allen Bereichen – Akademiker, Handwerker, Künstler – sollen über ihre Erfolge und den Weg dahin vor den Schülern sprechen. Derzeit sind österreichweit mehr als 300 Integrationsbotschafter unterwegs, die den Schülern ihren Lebensweg erzählen. Dieses System kann einfach in anderen Bereichen angewendet werden: etwa mit der Einrichtung von Wirtschaftsbotschaftern an Österreichs Schulen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, wird aufgefordert, sich für die verpflichtende Implementierung des Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ in den Lehrplänen aller Schultypen sowie für die Einsetzung von Wirtschaftsbotschaftern an österreichischen Schulen einzusetzen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen.

